



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Harburg

Antrag	Drucksachen–Nr.: 22-1319
CDU-Fraktion / Bliefernicht, Thore / Timmann, Werner / Ottow, Silke	Datum: 09.01.2026

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag CDU betr. Nutriabesatz ermitteln

Sachverhalt:

Nutrias (*Myocastor coypus*) stellen das Ökosystem vor große Herausforderungen. Die invasive Art verdrängt einheimische Arten wie Amphibien, Fische oder bedrohte bodenbrütende Vögel. Ferner zerstören sie ökologisch wertvolle Lebensräume, indem sie Röhrichte, Schilf und Wasserpflanzen fressen. Nutrias haben das Potenzial, Deichanlagen durch ihre ausgedehnten Baue zu beschädigen und damit den Hochwasserschutz zu gefährden. Deshalb sind sie auch für Harburg gefährlich.

Die hohe Reproduktionsfähigkeit dieser Tiere ist auch in Harburg zu beobachten. Seit dem Jagdjahr 2018/2019 hat sich die Zahl der erlegten Nutrias fast verzehnfacht, was auf eine deutliche Zunahme der Population hinweist. Die vom Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels getragene Initiative Neobiota-Nord verzeichnet in Harburg beispielsweise Sichtungen im Bereich der Außenmühle, der Este (Cranz) sowie der Schlossinsel im Binnenhafen. Dem Bezirksamt sind bislang jedoch keine städtischen Gebiete bekannt, in denen ein besonders hoher Nutriabesatz vorliegt, wie aus Drs. 22-0972 vom 16.10.2025 hervorgeht.

Kenntnisse über den Nutriabesatz sind unerlässlich für ein wirksames Bestandsmanagement, wie es im Nutria-Gutachten von Ende 2023 der BUKEA (Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft) gefordert wird. Dort heißt es, dass es ohne Bekämpfungsansätze zu einer weiteren Ausbreitung, konkret auch im städtischen Bereich, kommen wird.

Petitum/Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung beschließt:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, sich mit der Forderung an die BUKEA zu wenden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im Jahr 2026 eine detaillierte Verbreitungsanalyse von Nutrias auf städtischen Grundstücken und Gewässern in Harburg durchzuführen. Diese Ergebnisse sollen dem Ausschuss für Klima-, Umwelt-

und Verbraucherschutz vorgelegt werden.

Hamburg, am 09.01.2026